

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

48 (26.11.1948)

WIRTSCHAFTSREVUE

WIRTSCHAFTS - W O C H E N S C H R I F T

Nr. 48 — 3. Jahrgang — Li.-Nr. 018 04 A.A.B.F.P.

Konstanz/Bodensee, 26. November 1948

Ausg. D. Preis 60 D-Pfennige

VERFASSUNGEN IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE
L'ECONOMIE CONTINENTALE
CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

Politisierte Wirtschaft

Der Wirtschaftler möchte sich nicht gern in die Politik mischen, sondern außerhalb der Politik Wirtschaft treiben, den Markt erforschen und ihn zu bedienen suchen. Leider ist dies in moderner Zeit nicht mehr so möglich wie einst. Heute muß der Weltblick des Wirtschaftlers sich über den Markt hinaus auf das Labyrinth der Innenpolitik erstrecken. Das liegt im Zuge der Entwicklung, die der Geist der Menschen genommen hat. Den Gründen dafür nachzugehen, ist aber nicht unsere Aufgabe. Wir stellen fest, daß man dem Staat stärkeren Einfluß auf die wirtschaftliche Gestaltung zubilligt und je stärker dieser Einfluß ist, um so mehr muß der Wirtschaftler die politischen Strömungen einhalten können.

Dabei wird es ihm schwer, den Gedankensträngen zu folgen, die im politischen Leben geflochten werden, weil eben Gesichtspunkte eine Rolle spielen, die dem Wirtschaftler fremd sind. Er kann z. B. nicht verstehen, daß ein Landtag, der eine CDU-Mehrheit hat, Gesetze erläßt, die eher sozialdemokratisch aussehen. Wir meinen im besonderen das Betriebsrätegesetz, das der Radische Landtag nunmehr verabschiedet und das General-König suspendierte.

(Entgegen anders lautenden Pressemitteilungen hat die französische Militärregierung keinen Einspruch gegen die Inkraftsetzung dieses Gesetzes erhoben. In einigen Ländern der Doppelzone sind bekanntlich durch den Einspruch der Militärregierungen die Betriebsrätegesetze suspendiert worden.)

Deutscher Stahl als Prüfstein

Amerikaner schlagen Erhöhung der Kapazität auf 15 Mill. t vor — Deutschland könnte Eisenerz und Koks beisteuern „Times“ überzeugen nicht — Wann kommt neuer Notenumtausch (S. 2) — Teilweise Gewerbefreiheit in Baden (S. 3)

Zwischen deutschen Fachleuten und amerikanischen und britischen Stahlvertragsverordnungen der gemischten Devisenkommission haben Anfang dieser Woche wieder die Aussprachen begonnen. Dabei vertreten die Amerikaner die Auffassung, daß eine Erhöhung der deutschen Stahlkapazität von 10,7 Mill. t auf mindestens 12,5 bis 13 Mill. t jährlich erforderlich sei. Die Begründung dafür lautet: Die USA können ihren schätzlichen Stahlbedarf auf dem Weltmarkt nicht voll decken, und müßten daher auch von Deutschland Stahl kaufen; außerdem sei die Stahlproduktion Englands und Frankreichs nicht als konkurrenzfähig anzusehen; man müsse nämlich nicht, ob sie auf der gegenwärtigen Höhe gehalten werden könne.

Die englischen Sachverständigen hielten dagegen an ihrem Standpunkt fest, daß die sogenannte überschüssige Kapazität demontiert werden müsse. Die englische Haltung hat in letzter Zeit auch ihren Ausdruck in der englischen Presse gefunden. Insbesondere hat die „Times“ einen an sie gerichteten Brief veröffentlicht, in dem der bekannte englische Stahlvertragsverordnungs-John McLaren folgende Gründe für die Demontage der überschüssigen deutschen Stahlkapazität anführt: In den nächsten Jahren sei das für europäische Stahlproduktion bestimmende Faktor nicht der Mangel an Kapazität, sondern die Knappheit der Rohstoffe; daher würde die Zunahme der deutschen Stahlproduktion über das vorgesehene Maß hinaus von einer entsprechenden Produktionsverminderung in den anderen Ländern begleitet sein. Die bestehende Kapazität sei nur dann voll auszunutzen, wenn die Koksaufuhr um 20 Prozent gesteigert würde und wesentliche Zufuhren amerikanischen Schrotts erfolgen könnten. Außerdem sei ein Mangel an reinen Eisenerzen festzustellen.

Der Leser sieht aus dem bisher Beschriebenen, daß die Ansichten tatsächlich sehr stark auseinandergehen. Und zwar nicht nur in Bezug auf die deutsche Stahlkapazität, sondern auch auf den internationalen Stahlbedarf. Nun wollen wir uns hier nicht über die internationalen Verhältnisse äußern, sondern nur die deutschen Probleme behandeln. So sehr auch aus der erwähnten Times-Formulierung herauszulesen ist, daß die englische Haltung nicht ganz von Gesichtspunkten der Konkurrenz frei ist, wollen wir auch diese Gedanken hier gar nicht weiter erörtern, insbesondere weil wir der Meinung sind, daß tatsächliche Internationalität der Stahlbedarfs sehr groß ist. Und noch etwas könnte die englischen Industriellen zu einer Revision ihres Standpunktes bewegen: Die Wiedererrichtung der internationalen Rohstoffgemeinschaft, die ja früher auch die Gefahren einer zu starken Konkurrenz ausgeschaltet hat. Dieser Weg scheint uns aber nicht nur aus diesen Gründen zu sein, sondern auch, um manche politischen Einwände,

die jetzt noch erhoben werden, zu entkräften. Wenn wir auch nicht verkennen wollen, daß die Stahlproduktion Deutschlands heute in erster Linie ein Politikum ist und noch lange bleiben wird, so ist doch hier die wirtschaftliche Erhöhung der Kapazität zu gestatten, die deutschen Vordränge geben dahin, ein oder zwei Mill. t für den direkten Export vorzusehen. Wahrscheinlich waren dies auch die Gedanken, die die amerikanischen Kommissionsmitglieder, wie oben erwähnt, dem deutschen Standpunkt gegenüber zu halten. Es muß an dieser Stelle daran erinnert werden, daß Deutschland 1939 immerhin 23,3 Mill. t Stahl erzeugte, heute gerade 30 Prozent davon, nämlich 7 Mill. t, und daß eine weitere Steigerung der Produktion nur nach ausgedehnten und kostspieligen Reparaturen durchführbar ist. (Einige Stahlwerke haben nahezu 30 Prozent ihrer Arbeiter für Reparaturarbeiten eingestellt und es werden viele Jahre über diesen Reparaturen hingehen — und wenn sie beendet sind, werden diese Werke überaltert sein.)

Nun zu dem zweiten Argument gegen den Demontagegedanken: Die Knappheit an Rohstoffen. Der Bedarf an hochwertigen Eisenerzen ist tatsächlich sowohl in Europa wie auch in den USA sehr groß. Darum ist auch von deutscher Seite vorgeschlagen worden, eine genügende Hochofenkapazität (vor allem in Watenstedt) zu belassen, um bekanntlich eisenerzfreie Erze wirtschaftlicher als irgendwo anders verarbeitet werden können (vor allem ist hier an die Hönneberg in Watenstedt gedacht). Aus dem gleichen Grunde müßte auch Mindesteisen in größerem Umfang verhüttet werden, eine sehr willkommene Rückfracht, Deutschland könnte weiter manches dazu beitragen, daß die Eisenerzmarkt geringere Eisenpreise zu ermöglichen. Man müßte nur die Einschränkungen aufheben, die auf den Groben- und Hochofenanlagen von Watenstedt lasten.

Für den Schrott gilt ebenfalls, daß die deutschen Stahlwerke, selbst wenn sie ihre Produktion ausweiten, keinen zusätzlichen Schrott von Ausland brauchen. Bei dem augenblicklichen Mangel an Kohle mag es ratsam sein, einen Teil der deutschen Schrottwaldungen auszuführen, um so dem seitwärtigen Kohlemangel zu begegnen; nur müßten die Preise für diesen Schrott ausreichend sein.

Deflationäre Kreditpolitik

Von Frankfurt zieht ein neues Tief über die deutsche Wirtschaft. Die Kreditrestriktionsmaßnahmen, die bereits im Gange sind und schwere Sorgen über die produzierende Wirtschaft bringen (siehe unsere Nummer 46) werden nicht nur, um das schrittweise Ziel, das man sich in Frankfurt gesetzt hat, zu erreichen, sondern zur Zeit herangezogen darüber im Grunde, den Diskontsatz, der bisher 12% betrug, zu erhöhen — vielleicht auf 15% oder auch mehr. Darüber hinaus will man die Pflichtreserve der Banken von 10 auf 15% erhöhen. Schon bei der Währungsreform war man bei den Militärregierungen der Doppelzone der Meinung, der Diskontsatz von 3% sei zu gering. So scheint es nun, als ob diese Bedenken nunmehr gerechtfertigt seien. Unsere grundsätzlichen Zweifel an der Richtigkeit des Zeitpunkts für Kreditrestriktionsmaßnahmen brauchen wir nicht hier zu führen. Wir wollen hier nur andeuten, welche Folgen sich aus dem neuen Plan ergeben werden.

Eine Erhöhung des Diskontsatzes würde zunächst eine Erhöhung der Kreditkosten bedeuten. Für ankündigende und genau kalkulierende Unternehmen einerseits und für die Produktion andererseits bedeutet eine solche Erhöhung der Kosten sehr viel, insbesondere nachdem durch die Erhöhung der Produktionskosten die Produktionskosten weiter steigen. Nun haben wir also in den Hochschulen gelernt, daß sich bei steigenden Kosten auch die Preise erhöhen müssen. In Frankfurt aber ist man der Meinung, die Preise würden durch diese neuen Maßnahmen sinken. Eine Erhöhung der Pflichtreserve der einzelnen Banken bei den Landeszentralbanken bedeutet für die Banken wiederum eine Belastung ihrer Gewinne, und Verlustrechnung, wenn damit müssen weitere 5% der Einlagen ohne Nutzen bei der Landeszentralbank gehalten werden. Nun kommt weiter hinzu, daß infolge der vor 14 Tagen bereits angekündigten Restriktionsmaßnahmen auch das Kreditvolumen der Banken zurückgehen wird. Alles dies bildet auch eine Belastung, wenn man berücksichtigt, daß das Bankgeschäft gegen jede Erwartung gut war. In stürzenden Fällen haben die Banken im Oktober wesentlich höhere Umsätze erzielt als je in der RM-Zeit. Auch die Zahl der Geschäftsvorfälle ist größer als in der Zeit vor der Währungsreform. Eine zusätzliche Belastung für die Banken würde eintreten, wenn sie die Pflichtreserve um soviel mehr als 7% Straffzinsen zahlen.

Betrachtet man die monetäre Situation, so ist diese durch Kreditrestriktionen nach klassischen Vorbildern kaum zu erklären. Das Verhältnis von Notenumlauf zu Kreditvolumen und Giroverhältnis ist keineswegs dem entspricht. Kreditrestriktionen für notwendig zu halten. Im Gegenteil müßte man dann eher für eine Kredit-Ausweitung plädieren. Der konstruktive Fehler liegt bei dem Versuch zu hohen Notenumlauf. Dieser hat sich in der ersten Novemberwoche weiter stark erhöht auf 593 Mrd. In der zweiten Novemberwoche ist er zum erstenmal seit der Währungsreform etwas zurückgegangen und zwar auf 529 Mrd. DM (infolge von Rückzahlungen von Lombarkrediten der Landeszentralbanken, die allerdings eine Höhe von 173 Mrd. DM hatten. Man sieht also, daß nicht einmal dieser Betrag sich im Rückgang des Notenumlaufs in Erscheinung stellt).

Es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß die Preise für kurze Zeit eine sinkende Tendenz bekommen werden. Allerdings in Waren, die nicht zum lebenswichtigen Bedarf gehören (an diese Unterschiede ist offenbar gar nicht gedacht worden). Man wird aber weiter ein Hinabsinken der Konkurrenzpreise und eine Produktionsverminderung erwarten. Dieses Mißgeschick — und wird vielleicht auch — weitergedrückt werden von Krisen der Wirtschaft, die man weder mit den Kreditrestriktionen noch mit dem Sofortprogramm zum Lastenausgleich treffen kann, nämlich der Spekulation. Diese besitzt große Geldbestände und wird gern die billiger gewordenen Waren aus den Händen der ankündigenden Kaufleute und Fabrikanten übernehmen und dem deutschen Publikum bei passender Gelegenheit aufschwätzen (man nennt das im Börsenjargon Cornet). Die Geldhüter sind der Zahl nach klein, aber die Geldmengen, über die sie verfügen, sind groß.

Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß alle übrigen Deutschen wieder aus dem Geld herauswollen. Das unvernünftige Gerede über den Notenumlauf hat den letzten Punkt auf dem gesetzt. Schon heute nimmt der Bauer nur so viel Geld, als er gerade braucht, um irgendwas dafür zu kaufen. Darüber hinaus verlangt er wie in der RM-Zeit eine Waise, die er wieder horten kann. Daß es in der Wirtschaft etwas anders wäre, wird niemand erwarten dürfen. Man restringiert die ankündigende Wirtschaft, die man nicht restringieren wollte, und man fördert die Krisen, gegen die sich in der ganzen Weltallzeit diese Maßnahmen richten. Das ist immer noch kein Vorwurf, als man eben das ausgegebene Geld nicht mehr zurückrufen kann. Die DM wird von den volkswirtschaftlich erwünschten Krisen angelehnt und von denen benutzt, in deren Hand man sie aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen nicht gerufen sieht. Das ist leider z. Zl. die Situation.

Die Verschärfung könnte vermindert werden, wenn das Sofortprogramm milder wird als vorgeschlagen. Es scheint auch so, als wenn die beschriebenen 30% bereits gar nicht mehr diskutiert würden. Sie würden auch in jeder Hinsicht eine Katastrophe bedeuten. Es kann sein, daß es nur 10% werden, insbesondere darf das Sofortprogramm nicht dazu dienen, dem unbekanntem Wirtschaftskreis, der eine immer größeren Rolle innerhalb der deutschen Wirtschaft spielt, neue Auftriebsmöglichkeiten zu geben. Es gibt genug gesunde wirtschaftspolitische Maßnahmen, die diesen unbekanntem Wirtschaftskreis wieder in den bekannten zurückführen.

Gesetzentwurf über Altpatente

Frankfurt. Dem Frankfurter Wirtschaftsrat liegt ein Gesetzentwurf über die Behandlung alter gewerblicher Schutzrechte und Schutzrechtsanmeldungen vor. Nach dem Entwurf sollen die vor dem 8. Mai 1940 vom Reichspatentamt erteilten, noch nicht im Kraft befindlichen Patente, Gebrauchsmuster und eingetragenen Warenzeichen mit 31. Juni 1949 im vereinigten Wirtschaftsgebiet erlöschen, wenn nicht bis zu diesem Tage für Aufrechterhaltung des Altpatents bei der Antragsstelle in Deutschland beantragt wird. Weiter sollen mit dem gleichen Tage die vor dem 8. Mai 1940 beim Reichspatentamt eingereichten, noch nicht erteilten Patente und Warenzeichenanmeldungen im vereinigten Wirtschaftsgebiet als zurückgenommen gelten, wenn nicht ihre Aufrechterhaltung beantragt wird.

Über den Verfall. Geplant ist eine sofortige Verringerung der Zahl der Beschäftigten um 60.000, wovon 20.000 auf die britische und 20.000 auf die US-Zone entfallen. Dadurch würden 120 Mill. D-Mark eingespart werden.

Direkte Exportgeschäfte
Frankfurt. Nach einer offiziellen Veröffentlichung können deutsche Fabrikanne und Unternehmer in der Doppelzone ab 1. Dezember mit ausländischen Firmen direkte Exportgeschäfte tätigen. Eine schriftliche Anzahl Exporterträge wird allerdings vorläufig noch unter Kontrolle bleiben. Die einzelnen Exporteure haben nach wie vor alle verdienten ausländischen Güter in einem gemeinsamen Pool einzuzahlen.

Die „Skandinavien Airlines System“ hat jetzt in großem Umfang ihren Lufttransportraum, besonders für den Nord- und Südamerikadienst, auch deutschen Exporteuren zur Verfügung gestellt.

35 000 t Rohstoff für die Doppelzone
Frankfurt. Bis zum 12. Dezember 1948 ist auf Grund fester Zusicherungen der Militärregierung mit dem Eintreffen von rund 35.000 t Rohstoff für die Verarbeitung in den Ölmühlen und Margarinefabriken der Doppelzone zu rechnen. Die ersten Lieferungen sind bereits in den Ölmühlen eingetroffen.

Handelbilanz
Doppelzone — Ostzone ausgeglichen
Berlin. Der Güterverkehr zwischen der Doppelzone und der Ostzone war nach einem Bericht der US-Militärregierung in den Jahren 1947 und 1948 ausgeglichen. 1947 blieb die Ostzone der Doppelzone 12 Mill. Mark schuldig, doch schloß die Bilanz der Ostzone für das Jahr 1948 ebenfalls 12 Mill. Mark. 1948 lieferte die Ostzone für 22,3 Mill. Mark, hat aber zur Gegenlieferung in Höhe von 14,3 Mill. Mark erhalten.

EM-Postwertzeichen gesetzlich außer Umlauf
Frankfurt. Die Bank Deutscher Länder gibt mit der Durchführungsverordnung zum Währungsgesetz bekannt, daß die alten Postwertzeichen, die noch auf Reichsmark lauten, mit Verbotung dieser Verwendung unzulässig werden.

Einsparungen bei der Reichsbahn
Frankfurt. Die Reichsbahn kann für 1949 mit 24 Mrd. D-Mark Einnahmen und 4,1 Mrd. Ausgaben rechnen, so daß das Defizit 700 Mill. D-Mark betragen würde. Da jedoch 300 Mill. für werbende Kapitalanlagen vorgesehen sind, ermöglicht sich der alte Fehlbetrag auf 400 Mill. D-Mark ausgleich Einzahlungen und dieser Betrag wird zum Großteil durch eine Verminderung der Personalausgaben ausgeglichen.

Nach Abkündigen alliierter Streitkräfte ermöglichen sich die Ausgaben der Reichsbahn für 1949 um 200 Mill. D-Mark gegen-

über die letzten Ausgaben der Reichsbahn für 1948 um 200 Mill. D-Mark gegenüber.

über die letzten Ausgaben der Reichsbahn für 1948 um 200 Mill. D-Mark gegenüber.

über die letzten Ausgaben der Reichsbahn für 1948 um 200 Mill. D-Mark gegenüber.

über die letzten Ausgaben der Reichsbahn für 1948 um 200 Mill. D-Mark gegenüber.

Südwestdeutsche Raumpolitik

In der vorigen Ausgabe haben wir unter dem Titel „Wirtschaft und Politik an“ das Problem der Zusammenlegung Württembergs mit Baden angesprochen. Wir haben darauf eine Reihe von Zuschriften bekommen. Das Thema hat viele Kräfte interessiert. Im folgenden geben wir der ersten, bei uns eingegangenen, Erwiderung Platz und werden in den nächsten Ausgaben laufend weitere Stellungnahmen abdrucken.

Der südwestdeutsche Wirtschaftsraum ist an und für sich ein ideales Gebilde, die Natur hat ihm alles gegeben, was ein erfolgreiches Wirtschaften ermöglicht. Wir haben viel Wald und Wasser, es wachsen Wein, Tabak, Obst, Kartoffeln und sämtliche Getreidesorten, und eine intelligente Bevölkerung hat interessante und erfolgreiche Industrien entwickelt. Das aber, was in sorglosen Friedenszeiten zusätzlich befruchtend ist, nämlich die Grenzlage, hat sich seit den dreißiger Jahren als außerordentlich hemmend ausgewirkt. Die zusätzliche Anreicherung, welche zugleich die Aufstiegsperiode für das Inland mit sich brachte, befruchtete nur den inneren Kern unseres Raumes. Alles, was an den Rhein grenzte oder in seiner Nähe lag, stagnierte nicht aus begründeten Gründen zur Aufzugszeit, sondern, und trotzdem versuchte uns die Kriegswirtschaft nicht und vernichtete viel Wertvolles. Von dem, was übrig blieb, fand viel zu viel Interesse der Demonstrationen und ununterbrochen rollten die Kolonnen von Westen.

In dieser Nummer:

- Neues Außenhandelsverfahren
- Arbeitslosigkeit in der französischen Zone
- US-Berater in Großbritannien berichtet
- Beliebte USA-Investitionen im Ausland
- Neue französische Handelsabkommen
- Wird die DDRR Handelslieferant?
- Nationalismus: Mandaturreif und Vertrauen verloren

Das Gewerbezulassungsrecht in Baden

In den Nummern 35 und 45 haben wir im Zuge unseres Eintretens für Rechtsicherheit und Gewerbefreiheit zu dem Bundesrat des Badischen Ministeriums der Wirtschaft und Arbeit Stellung genommen. Inzwischen ist auch in Baden ein Gewerbezulassungsgesetz in Arbeit. Jedoch scheint es uns zweckmäßig, die augenblickliche Rechtslage einmal übersichtlich darzustellen; denn es ist wahrscheinlich, daß das Gesetz noch nicht so bald im Landtag zur Debatte kommt.

Durch die Ablehnung des Gesetzes Nr. 49 des Wirtschaftsministeriums (Gesetz über die Zulassung von Gewerbebetrieben) seitens Bipartite Board ist das Problem der Neugestaltung des gewerblichen Zulassungsrechtes in der Bizone wieder Erwarten nicht zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Bipartite Board hat das Gesetz zwar nicht aus materiellen, sondern aus formalen Gründen abgelehnt; es sollte durch das Gesetz Nr. 49 einer Entscheidung des Parlamentarischen Rats über die Verteilung der Befugnisse zwischen Landes- und Bundesrat. Besondere auf dem Gebiet des Gewerbezulassungsrechtes vorgeschrieben werden. Von deutscher Seite wurde die Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums bewiesen. Der Wirtschaftsausschuß des Landesrates hat erst vor kurzem die Kompetenz des Wirtschaftsministeriums ausdrücklich bestätigt. Auch der Leiter des Rechtsamtes der Vereinigten Wirtschaftskomitees, der den Ausschuß für Zuständigkeitsfragen des Parlamentarischen Rats in Bonn leitete, hat zum Ausdruck gebracht, daß nicht daran zweifelt werden könne, daß der Parlamentarische Rat für Fragen des Gewerbezulassungsrechtes eine konkurrierende Zuständigkeit für Bund und Länder begründen werde. Damit würde sich hinsichtlich der Zuständigkeitsverteilung für das Gewerbezulassungsrecht gegenüber der jetzigen Abgrenzung zwischen Wirtschaft und Länder nicht ändern. Der Direktor für Wirtschaft hat unter Hinweis auf dieses Sachverhalt Bipartite Board nochmals gebeten, dem Gesetz Nr. 49 seine Zustimmung zu geben. (Nach unseren Informationen ist es aber diesmal wieder abgelehnt worden.)

Jedenfalls ist das Gesetz zur Zeit in der Schwebe, so daß in der Bizone die länderrechtlichen Gewerbezulassungsbestimmungen weiter gelten. Diese treten zum Teil mit Ende des Jahres außer Kraft, falls sie nicht verlängert werden. Seitens der Länder herrscht Überzeugung darüber, daß das Gewerbezulassungsrecht einheitlich gestaltet werden muß. Es liegt daher der Gedanke nahe, das Gesetz Nr. 49 des Wirtschaftsministeriums auf der Länderseite durch die Landesparlamente in Kraft treten zu lassen. Dies würde voraussetzen, daß sich die Länder auf den Inhalt des Gesetzes Nr. 49 tatsächlich einigen. Nachdem der Länderrat gegen den Entwurf des Gesetzes Nr. 49 bekanntlich jedoch sein Veto einlegt hat, dürfte eine Einigung nur unter Berücksichtigung dieses Vetos zu erwarten sein. Im Gegensatz zu dem Entwurf des Gesetzes Nr. 49 fordert der Länderrat in seinem Veto, daß nicht nur bei Betriebsübertragungen in Handwerk und Vermittlungsberufen, sondern auch im Einzelhandel von dem Bewerber Sachkunde und persönliche Zuverlässigkeit nachzuweisen sind. Darüber hinaus verlangt der Länderrat auch bei Großhandelsunternehmen weitestgehend handelsrechtliche Kenntnisse. Schließlich hielt er es für erforderlich, die Vorschriften der Bedürfnisprüfung bei der Errichtung von Unternehmen, die bewirtschaftete Nahrungs- und Futtermittel be- oder verarbeiten oder vertreiben, bis auf weiteres zu belassen. Eine länderweise Gesetzesregelung auf dieser Basis würde zwar die Gewerbefreiheit grundsätzlich wieder herstellen, ginge aber nicht so weit wie das Gesetz Nr. 49 des Wirtschaftsministeriums. Ob aber wirklich eine einheitliche Regelung bei der verschiedenen politischen Zusammensetzung der Landesparlamente in der Bizone herbeigeführt werden könnte, insbesondere

Neugestaltung begründen und sogar auf Beschränkung drängen.

Baden

Im folgenden sei, einem besonderen Wunsch entsprechend, auf die badischen Verhältnisse im einzelnen eingegangen. Dabei muß unterschieden werden zwischen dem vom Badischen Ministerium der Wirtschaft und Arbeit ausgearbeiteten Entwurf für ein neues Gewerbezulassungsgesetz, also der voraussichtlich zu erwartenden Neugestaltung und dem derzeitigen Rechtszustand, auf den deshalb besonders hinzuweisen ist, weil, wie der Erlaßung sagt, in welchen Kreisen der Wirtschaft Unklarheit besteht.

Der badische Entwurf für ein Landesgesetz über die Zulassung von Gewerbebetrieben nebst Durchführungsvorschriften wurde vom Badischen Wirtschaftsministerium in voller Übereinstimmung mit dem badischen Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern ausgearbeitet und steht grundsätzlich auf dem Boden der Gewerbefreiheit. Seiner Form nach paßt er sich weitgehend dem Entwurf Nr. 49 des Wirtschaftsministeriums an, seinem Inhalt nach schließt er sich dem oben angeführten Veto des Landesrates der Bizone an. Er geht zum Teil über dieses noch hinaus.

Die Neugestaltung von Industrieunternehmen wird keiner Beschränkung unterworfen, es sei denn, daß für die beschriebene Produktion ein Fertigungsverbot besteht. Demgegenüber steht der Entwurf für die Errichtung und Übernahme von Handelsbetrieben — und zwar Groß- und Einzelhandelsbetrieben — sowie von Betrieben der Vermittlungsberufe die beschriebene Erlaubniserteilung vor. Für Handelsbetriebe wird ferner der Tatbestand der Branchenänderung und der Aufnahme artfremder Waren unter Genehmigungspflicht gestellt. Insofern hält der Entwurf an Einzelhandelsbetrieben fest, und zwar als logische Konsequenz der Erlaubniserteilung für den Handel, die andererseits sehr leicht umzusetzen werden könnte. Die Erlaubniserteilung wird der Behörde erteilt, wenn der Bewerber die erforderliche Sachkunde nachweisen kann und seine persönliche Zuverlässigkeit in bezug auf den Gewerbebetrieb gegeben ist. Eine Bedürfnisprüfung steht der Behörde nicht mehr vor. Nur die Neugestaltung von Warenhäusern, Klein- und Sortenwarengeschäften sowie anderer durch ihre besondere Präsentation gekennzeichneten Geschäfte kann abgelehnt werden, wenn sie „volkswirtschaftlich nicht verankert werden kann“. Durch diese Bestimmung ist gegenüber dem Entwurf Nr. 49 eine weitgehende Lockerung erreicht. Für das Handwerk sollen die Bestimmungen der ebenfalls im Entwurf vorliegenden Handwerksordnung gelten, d. h. Voraussetzung für die Zulassung ist der große Befähigungsnachweis. Von der Bedürfnisprüfung wird auch hier Abstand genommen. Wie das Gesetz Nr. 49 des Wirtschaftsministeriums der badische Entwurf eine Reihe von Sondergesetzen, die nachfolgend bei Behandlung der derzeitigen Rechtslage in Baden aufgeführt sind, unberührt; diese Gesetze sollen also in Geltung bleiben.

Geht man mit dem Entwurf davon aus, daß nur demjenigen Gewerbebetriebe zuzulassen kann, der die Gewähr dafür bietet, die nicht zum Schaden der Allgemeinheit zu betreiben, so werden die an sich selbstverständlichen Forderungen nach persönlicher Zuverlässigkeit und einem Mindestmaß an Sachkunde nicht als im Widerspruch zu dem Grundsatz der Gewerbefreiheit stehend angesehen werden können, umso mehr, als sie in dem Entwurf als noch verbessernde gewerbliche Zulassungsbedingungen auf die Wirtschaftstufe des Handels beschränkt bleiben. Diese Stufe, in der der Zustand sachlich und persönlich ungeliebter Elemente infolge der nur in geringem Umfang

erforderlichen Investitionsmittel besonders groß ist.

Neukodifizierung nötig

Die alsbaldige Verabschiedung des Entwurfs als Gesetz wäre sehr erwünscht, da zur Zeit in Baden geltendes Gewerbezulassungsrecht einer Neukodifizierung bedarf. Um so vorweg zu nehmen: praktisch besteht überhaupt keine Gewerbezulassungsgesetz und das was auf diesem Gebiet rechtlich ist, muß aus einer Vielzahl von zum Teil auch aus der Zeit nach 1933 erlassenen Gesetzen herangezogen werden. Abgesehen von einer gewissen Übergangszeit stützt sich die Rechtspraxis nach dem Zusammenbruch auf den Bundesrat 22/46 vom 31. August 1946 des Badischen Ministeriums der Wirtschaft und Arbeit. Der Aufsatzes jeglicher gewerblicher Tätigkeit unter Genehmigungspflicht stellte und zudem die Genehmigungs-kompetenz ausschließlich auf das Wirtschaftsministerium zentralisierte. Eine überaus schwerfällige und langwierige Bearbeitung der Anträge war die natürliche Folge. Erwünscht wurde die Vereinfachung noch dadurch, daß auf Abschaffung der Militärregierung seit Ende 1947 jeder Bewerber, gleichgültig, ob er bereits rechtmäßig emanzipiert wurde oder nicht, auch noch polizeilich überprüft werden muß. Die Rechtsgültigkeit des BE 22/46, dessen Verfassung nur aus dem damaligen Zeitungsartikel erklärlich ist, war von jeher umstritten. Das Wirtschaftsministerium war daher seit Beginn dieses Jahres bestrebt, ihn durch ein Lizenzierungsgesetz zu ersetzen, nachdem es ihn durch eine Verfügung vom Mitte Juni d. J. gelockert hatte. Der bereits ausgearbeitete Entwurf für ein Lizenzierungsgesetz wurde durch die Währungsreform hinfällig. Um der Rechtsunsicherheit ein Ende zu bereiten, hat das Wirtschaftsministerium den Bundesrat 22/46 vom 29. September 1948 für nicht anwendbar erklärt. Er hat hiermit bewußt bis zum Erlass eines neuen Gewerbezulassungsgesetzes einen Interimzustand auf diesem Rechtsgebiet geschaffen in der Erkenntnis, daß ein solcher immer noch besser ist als der bisherige.

Noch keine volle Gewerbefreiheit

Durch die Beseitigung des Bundesrats BE 22/46 ist jetzt aber keineswegs die absolute Gewerbefreiheit gegeben, diese ist vielmehr noch weitgehend eingeschränkt. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß das Einzelhandelszulassungsgesetz im Gegensatz zu anderen Konzeptionsentwürfen der Zeit nach 1933 nicht durch Zeitablauf rechtmäßig wurde, also noch seinem ganzen Inhalte nach in Kraft

ist. Von den verschiedenen genehmigungspflichtigen Teilbeständen des Gesetzes sei seiner praktischen Bedeutung wegen vor allem der der Aufnahme artfremder Waren durch eine bestehende Verkaufsstelle hervorzuheben. Da der nicht genehmigte Verkauf solcher artfremder Waren durch die zuständigen Behörde jederzeit untersagt werden kann, empfiehlt es sich nicht, hier willykürlich vorzugehen. Das gleiche gilt hinsichtlich der unzulässigen Ausweitung des sogenannten Zubehörschutzes im Handwerk. Erwünscht sei auch noch das Teilkonzept als Einzelhandelsverkaufsstellen gelten.

Für die Neugestaltung und Übernahme anderer Gewerbebetriebe als Einzelhandelsverkaufsstellen gelten nur noch insoweit gewerbebeschreibliche Beschränkungen, als entweder die Militärregierung sich die Genehmigungserteilung selbst vorbehalten hat, oder sie in besonderen deutschen Vorschriften von Fall zu Fall ausdrücklich bestimmt sind. Auf Grund der ersten Kategorie besteht der Konzentrationszwang für eine große Anzahl industrieller Unternehmen, für den Handel mit Hausgeräten, Altkleiden und Schallplatten, ferner für das Verlagsgewerbe und für die Vermittlung von Personal für Theater- und Schauspielunternehmen; von den Handwerksbetrieben bedürfen nur noch die Radiomechaniker, Feinmechaniker und Buchbinden der Genehmigung durch die Militärregierung. Für diese letzteren Handwerksberufe ist zudem nach deutscher Vorschrift der große Befähigungsnachweis zu erbringen, der im übrigen für alle sonstigen Branchen des Handwerks nunmehr ausreichend ist. Die Bedürfnisprüfung wird also nicht mehr benötigt.

Geltende Gewerbebeschränkungen

Nach deutschem Recht gelten Gewerbebeschränkungen insbesondere nach auf Grund des Reichsministerstandgesetzes vom 13. September 1933 u. a. für Obst und Gemüse, Margarine und Konfiserie, für die Vieh-, Fisch-, Kartoffel-, Brauerei-, Getreide-, Forst- und Holz-, Gartenbau-, Müll-, Fest- und Klein-, Zuckerver- und Süßwarenwirtschaft, für Wein und Trankwaren und für Möbelerzeugnisse.

Neben der Gewerbeordnung sind ferner Sonderverordnungen u. a. für folgende Gewerbe noch in Kraft, die ebenfalls Gewerbebeschränkungen enthalten und daher zu beachten sind: für das Wanderver- und Stadthausgewerbe; Auswanderungsgewerbe; Gaststättengewerbe einschließlich der Spitzwirtschaften; für Unternehmen zur Bekleidung von Personen zu Lande; für den Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen; Reklame- und für das Verleihergewerbe.

Beweist eine Gewerbebeschränkung gemäß der obigen, nur in groben Zügen

gegebenen Darlegungen noch erforderlich ist, sind die Anträge, unabhängig von der Zuständigkeit der entscheidenden deutschen oder französischen Behörden, bei der unteren Verwaltungsbehörde, in deren Bereich die gewerbliche Tätigkeit ausgeübt werden soll, einzureichen. Jeder Antragsteller hat seinen Antrag zwei ausgefüllte politische Fragebogen oder Abschrift seines Sicherungsbescheides mit Abschrift seiner Veröffentlichung im Amtsblatt beizulegen. Die politische Überprüfung ist auch in den Fällen Voraussetzung, in denen eine Gewerbebeschränkung nicht mehr notwendig, also eine Gewerbebeschränkung gemäß § 14 der Gewerbeordnung ausreichend ist. Vor Abschluß des politischen Kontrollverfahrens kann eine Genehmigung nicht erteilt werden. Im übrigen empfiehlt es sich, vor Eröffnung oder Übernahme eines Gewerbebetriebes sich bei der zuständigen Industrie- und Handelskammer oder der Verwaltungsbehörde zu erkundigen, ob im gegebenen Falle eine Gewerbebeschränkung notwendig ist oder nicht.

Wie haben einen Spezialisten um diesen Artikel gebeten, den wir hier zum Ausdruck bringen. Es ergibt sich aus diesen Darlegungen, daß, wenn wir einmal diese Beschränkungen durch die positive Seite hin darlegen, daß für den Großhandel, den Versandhandel und das gesamte Verleihergewerbe, also Verleihergewerbe, Darlehensmakler usw. kein Genehmigungsrecht mehr besteht, also auf diesen Gebieten Gewerbebeschränkung besteht.

Unter dem Datum vom 12. November hat das Badische Ministerium der Wirtschaft und Arbeit eine Ergänzung seines Rundschreibens vom 29. September, über das wir in Nummer 45 bereits ausführlich berichtet, verfaßt, aus dem wir folgende Sätze wörtlich zitieren: „Das Rundschreiben vom 29. September bezweckt keine Veranschärfung in der Anwendung der zurzeit geltenden Zulassungsbestimmungen. Soweit nach einer Genehmigung, zur Ausübung eines Gewerbebetriebes erforderlich ist, ist bei der vorzunehmenden Prüfung das Schriftgewicht darauf zu legen, ob der Antragsteller die erforderliche Zuverlässigkeit und Sachkunde besitzt. Bei der Prüfung des Bedürfnisses ist entsprechend der allgemeinen wirtschaftspolitischen Linie großzügig zu verfahren. Keinesfalls darf es dazu führen, daß ein gesunder Wettbewerb verhindert wird, nachdem die Währungsreform die Voraussetzungen hierfür wieder beseitigt hat.“

In der nächsten Ausgabe werden wir uns näher mit dieser Ergänzung des Rundschreibens und mit dem Gesamtentwurf für das badische Landtagsgewerbezulassungsgesetz beschäftigen und dabei prinzipiell zu diesen Fragen Stellung nehmen.

Französische Zone

Stand die Verhältnisse in der Bizone noch ungeklärt und offen, so sind sie in der französischen Zone im Hinblick auf ein einheitliches Gewerbezulassungsrecht zum Teil schon durch die dortige Gesetzgebung geregelt. Von Unterschieden zur Bizone kann jedoch hervorgehoben werden, daß die französische Militärregierung für den Zeitpunkt einer weitestgehenden Gewerbefreiheit wohl nicht eintritt und daher von der deutschen Länderauflassung kaum abweichen dürfte. Da jedoch das auch in der französischen Zone neu zu schaffende Gewerbezulassungsrecht mit Rücksicht auf die kommende Zusammensetzung des Grundes der Rechtsbehelfenheit zu beachten hat, ergibt sich die Frage, ob die Länderregierungen der französischen Zone nicht besser die Entwicklung auf diesem Gebiet in der Bizone abwarten und die bismale Regelung später einfach übernehmen sollen. Diese Fragestellung ergibt sich bei der Rechtsprechung immer wieder. Es kann zu in diesen Zusammenhang nur so viel gesagt werden, daß angesichts der in der Bizone vielfach zu beobachtenden Übertragung von Rechtsinstitutionen der Militärregierungen auf die deutschen Verhältnisse, die Verzichtleistung der französischen Zone auf eine eigene Rechtschöpfung keineswegs immer gut gehalten werden kann. Als Beispiel sei das Recht der Organisation der gewerblichen Wirtschaft genannt, das zu einem Teil in seiner jetzigen Form in der Bizone nicht der deutschen Tradition entspricht, was Ursache dafür ist, daß deutscherechts die in der französischen Zone geltende Regelung angesetzt wird. Auch auf dem Gebiete des Gewerbebeschränkungen lassen sich Beispiele dafür vor, daß Handel und Handwerk der Bizone die z. B. in Baden beschriebene

Am Ausguck: Probleme des Atlantikpaktes

Immer noch sind die Gespräche in Paris und in London, auf die manche hoffen, in ständiger Kesseltunde. Während in London bei den Verhandlungen der Westmächte über die künftige Gestaltung des Ruhrgebietes immer wieder die Rücksicht auf die interne politische Lage Frankreichs eine entscheidende Rolle spielt, die französischen Argumente und die Entschiedenheit des Gesprächs sind bekanntlich nicht nur die Fortsetzung der Beschlüsse Brüssel zur Lösung der Berliner Krise fast schwebend, daß die Westmächte indirekt doch über die UNO mit Bulland zu verhandeln bereit sind und daß es dann auch möglicherweise zu einer Vereinbarung kommen könnte, deren Dabeir allerdings kaum auf lange Zeit geteilt sein dürfte.

So sind die deutschen Augenblicke immer noch im Fluß und das sich zum dem Ende zu neigende Jahr 1948 war noch kein gutes Jahr. Es war für uns Deutsche zwar kein Kriegsjahr, aber doch auch noch kein richtiges Friedensjahr. Es war ein Jahr sehr langwieriger, sehr mühseliger Unterhandlungen, manche ohne Abnung von enttäuschender Hoffnung ist mittlerweile Gewohnheit geworden. Es hat die ganze Schwere des russischen Druckes bedarf, um der Welt klar zu machen, daß die deutsche Frage heute die Lebensfrage Europas ist. Gerade über die jüngsten Fortschritte über die Ruhr haben jedoch Diskussionen eröffnet, die wichtigsten, daß hier zwischen der Tagespolitik und den konstruktiven Aufgaben, die der heutigen Generation Europas gestellt sind, heute gelungene Übereinstimmung besteht. Die Intransparenz und die Unklarheit,

daß gleichzeitig mit dem Einbruch der Marshall-Hilfe, mit den West-Unterstützungen und mit den Beschlüssen über den Atlantikpakt, die Demontage und der Streik um das Ruhrgebiet aktuell wurden, muß den Europäer tief beunruhigen. Sie müssen ersehen, wenn gleichzeitig in der Ostzone Bestrebungen gefördert werden, die einer angeblichen deutschen Einheit (in sowjetischen Interessen) dienlich sein sollen.

Gerade die Divergenz zwischen Paris, London und Washington in der Behandlung der deutschen Frage und die dadurch entstandene Ungeklärtheit über die weitere Zukunft des deutschen Volkes ist ein entscheidender Faktor, der die politische Regeneration im Westen Deutschlands hemmt und den heute bestimmten, aber auch den noch positiv bestehenden Kräften, die vor allem unter der Führung von Adenauer stehen, die Neigung nimmt, Verantwortung zu tragen. Das beweisen wieder jene Stimmen, die als Antwort auf die Rede de Gaulles laut geworden sind, daß wir in der Politik Objekte sein würden, das war uns nach dem Zusammenbruch klar, Objekte aber in dem Sinne, daß wir nur in einem einseitigen Rahmen die Verantwortung über uns selbst würden tragen können. Das ist die deutsche Frage heute die Lebensfrage Europas ist. Gerade über die jüngsten Fortschritte über die Ruhr haben jedoch Diskussionen eröffnet, die wichtigsten, daß hier zwischen der Tagespolitik und den konstruktiven Aufgaben, die der heutigen Generation Europas gestellt sind, heute gelungene Übereinstimmung besteht. Die Intransparenz und die Unklarheit,

den in dem die Bismarckproduktion einer Großmacht durch Vertriebsgriffe in 36 Stunden praktisch lähmt geteilt werden kann, sind Sicherheitsverletzungen, die vor 30 Jahren noch berechtigt gewesen sein mögen, überholt. Unter den Augen der amerikanischen Geheimdienste und unter dem Schirm der anglo-amerikanischen Luftmacht können diese Argumente nicht mehr auf dem Sprungbrett völkerrechtlicher Missetaten.

In dieser Woche haben die Völker der Westmächte und des gesamten Westens durch Erklärungen und Abmachungen in aller Deutlichkeit die Gewißheit erhalten, daß die USA bereit sind, bei Gefahr, drohe sie von irgendeiner Seite, hinreichend und rechtzeitig ihre militärischen Maßnahmen in die Waagschale zu werfen. Zwischen den Vertretern der USA, Kanada und England ist auch ein Abkommen über die Normierung der Schiffsverkehrswege unterzeichnet worden, was für die weitere Produktion industrieller Güter und entscheidender Ernteprodukte. Er wurde schon als „Atlantikpakt der Technik“ bezeichnet. Seit über 10 Jahren bestand nämlich zwischen den in Amerika und Kanada einseitig und in England andererseits geltenden Gewerbebeschränkungen ein geringer Interessent, der sich in zweifeln Weltkrieg äußerst nachteilig und kontraproduktiv auswirkte. Von nun an wird die industrielle Koordination dieser drei Länder bedeutend einfacher, billiger und schlagkräftiger sein.

Auch sind die Verhandlungen des permanenten Ausschusses der Westlichen Welt jetzt so weit gediehen, daß der Entwurf für den Atlantikpakt nahezu fertiggestellt ist. Parallel mit diesen Gesprächen ändert man bereits schon bei den jüngsten europäischen Regierungen, die als Antwort für den Atlantikpakt, so

den Erbauern Mächten in Frage kommen könnten. Es handelt sich hier um alles um die standesrechtlichen Länder und um Italien, dessen Ministerpräsident in der französischen Hauptstadt bzw. in Schiede der UNO wichtige Erklärungen über das weitere Schicksal seines Landes hatte. Einmal wird dieses Bild durch die Tatsache, daß es weitestgehend Beobachtern, zu denen auch der geschickte Taktiker Franco gerechnet werden muß, klar wurde, daß die außerpolitische Bedeutung Spaniens nur temporär sein kann. Je mehr sich die westliche Spannung als unüberbrückbar erweist, desto mehr werden die Chancen Madrid, sich zu erheben. Die Verteidigungspläne Westeuropas erweisen sich nicht mehr, die deutsche Halbinsel außerhalb der herkömmlichen Konzeption zu stellen.

In Frankreich hat sich indessen das westeuropäische Oberkommando etabliert. In dem von Franz L. Erdmann, Mitglied in welchem eine Katharina de Meckel nachschende Pans und Napoleon I. nach seiner Thronbesteigung von seiner alten Garde Abschied nahm, arbeitet nun der Generalstab Westeuropas die Verteidigungspläne für den Kontinent aus.

Aber all diese schon praktischen Auswirkungen der formalen Festlegung einer amerikanischen Garantie über das Verbleibungsproblem nach nicht. In dem Kontext sind stellen es erst, daß unser Kontinent ohne amerikanische Hilfe nicht in der Lage ist, sich gegen einen massierten Angriff aus dem Osten zu verteidigen, wenn wir, aber in der mit der amerikanischen Hilfe zu verteidigen. Das ist die Frage, die den Politikern und Generalstabern in allen Hauptstädten des europäischen Westens schlaues Nachdenken bedarf.

Refa-Arbeit wird wieder aktuell

Die deutsche Wirtschaft wird nur mit bedeutenden Anstrengungen ihre Produktionsleistung erhöhen können und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben oder werden können. Über die Schwierigkeit der Aufgabe darf nicht die augenblickliche starke Nachfrage hinwegtäuschen, die in vielen Teilen der Wirtschaft heute wegen des sehr großen Nachfrageüberflusses besteht und oft auch dem unratigen arbeitenden Betrieb noch konkurrenzfähig 1933. Unrationell arbeiten aber, wenn man richtig handelt, die meisten Unternehmen. Da der Maschinenpark veraltet und abgewirtschaftet ist, die Menschen aber wegen der schlechten Ernährung noch nicht wieder im vollen Besitz ihrer geistigen und körperlichen Kräfte sind.

Stellt man in dieser Situation die Rationalisierung wieder einmal als das Gebot der Stunde hin, so ist es dem Gesagten klar, wie schwer diese Forderung zu erfüllen ist, da im Aussehen

in quantitativer Hinsicht geändert werden, und dabei lieber den qualitativen Ausbildungsstand vernachlässigen könne, wodurch sehr viele schlechte Ergebnisse der Refa-Arbeit entstanden. Viele Betriebe war auch die verhältnismäßig lange methodische Arbeit, die zu verwegungsmäßigen Arbeitsentwürfen notwendig ist, zu unendlich und zu anstrengend, um auf diese Weise Rationalisierungen durchzuführen.

Dieses Bild wird sich heute bei einem scharf einsetzenden Konkurrenzkampf grundlegend ändern und die Erfahrungen der Refa werden vielleicht mehr denn je benötigt werden. So ist es erfreulich, daß bereits im Jahre 1947 der Refa seine Arbeit in den Westzonen wieder aufnehmen und als Arbeitsprogramm folgende Punkte aufstellte:

1. Ausarbeitung von Richtlinien und Verfahren für die Anwendung von Arbeits- und Zeitstudien in allen Zweigen der Wirtschaft und Verwaltung zwecks Rationalisierung des gesamten betrieblichen Arbeitsablaufs und der menschlichen Arbeitsbedingungen, Einholung der Arbeitsstudien nach der Leistung auf Grund richtiger Vorgabezeiten und einer richtigen Bewertung der Arbeitswertigkeit. Planung einer wirtschaftlichen und lernberechtigten Auftragsabwicklung unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit von Mensch und Maschine, Durchführung von Wirtschaftlichkeitsrechnungen, Verfahrensvorgängen, Selbstkostenermittlungen, Plankostenvorgaben, Kostenkontrollen usw. Feststellung und Behebung von Mängeln und Verlusten im betrieblichen Arbeitsablauf und in der Stoffwirtschaft.
2. Ausbildung von Arbeitsstudienfachleuten für die Durchführung vorbereitender Aufgaben im Betriebe, wie Zeitbestimmen, Kalkulationen, Arbeitspläne, Arbeitsplänen und Arbeitsstudien-Ingenieuren, in Refa-Kursen mit erweiterter Lehrpläne.
3. Fortschritt und Weiterentwicklung auf dem Sektor „Arbeit“ der Betriebswirtschaft, Herausgabe von Lehrbüchern und fachwissenschaftlichen Abhandlungen.
4. Veranstaltung fachwissenschaftlicher Tagungen, Vorträge und Sprechende für die Mitglieder des Verbandes, Erfahrungsaustausch unter den Refa-Männern.

Bisher ist von den Arbeitsstudien als Rationalisierungs-Hilfsmittel verhältnismäßig wenig Gebrauch gemacht worden. Vielleicht rührt diese Skepsis der Wirtschaft nicht zuletzt daher, daß die mit Arbeitsstudien beauftragten Fachkräfte oft nicht den erforderlichen Anforderungen entsprechen. Man hätte von Seiten der Refa den Standpunkt vertreten, daß man der besonders in den 20er Jahren einkommenswachsenden Nachfrage nach Refa-Män-

Wir greifen auf:

„Jedermann“ im Streit

Kaum ist das „Jedermann-Programm“ angedacht, da stinkt es schon programmäßig. Wäre man hochhaft, so könnte man sagen: Viele Pläne und Programme riechen schlecht, wenn sie aus amtlischer Hand kommen. Der Streit, den wir hier besprechen wollen, ist typisch. Es ist dabei ganz gleichgültig, wer recht hat. Entscheidend ist, daß amtliche Stellen etwas anordnen, beliebige Fabrikanlagen bevorzugen und unbeliebige Fabrikanten ausschalten. Man läßt nicht den Markt über die Qualität von Waren entscheiden, sondern den grünen Tisch, weil — wie wir es in der vorigen Ausgabe ausdrückten — der Markt für stümper gehalten wird als der grüne Tisch. Autokratie. Wirtschaftsführung in neuem Gewand.

Die Herrenkleiderfabrik M. hat sich wie viele andere Textilfirmen am Jedermannprogramm beteiligen wollen und ein entsprechendes Angebot eingereicht. Der Preis für die Anzüge der Firma M. lag um 20 bis 25 Mark unter den Angeboten anderer Firmen. Darauf besuchte ihn ein Auftraggeber des Fachministeriums, um die Angelegenheit zu klären. Der Herr M. warf ihr Schmutzkonkurrenz vor. Jedenfalls wurde sie bei der Verteilung der Aufträge für das Jedermannprogramm nicht berücksichtigt. Die Sache hat nun großen Staub aufgewirbelt, und man föhlt sich zu einer „Erklärung“ veranlaßt. Als erstes behauptete man, der Herr M. habe die vorgelagte Musterung habe den qualitativen Mindestanforderungen nicht entsprochen. Das kann sein, und wir können es von hier aus nicht beurteilen. Immerhin liegt dieses Argument zu nahe, als daß man es ohne weiteres glauben könnte. Selbst wenn man es aber glaubt, was es durchaus richtig, auch die Auslage der Firma M. auf dem Markt zu bringen, es würde sich schon zeigen, ob genug Käufer für einen Anzug vorhanden sind, der wesentlich billiger, aber auch schlechter ist. Warum läßt man nicht den Markt entscheiden?

Jedoch mit diesem Argument allein war man nicht zufrieden. Man hat ja im Dritten Reich gelernt, wie man unbegonnene Konkurrenz beseitigt. Also schloß man mit einem schweren Geschütz. Der Fachauschuss Herrenkleiderindustrie ist „merkwürdig beirrt gewesen“, darüber, daß die Firma M. mit 10 000 Herrenanzügen sofort in Vorlage zu treten sich bereit erklärte. Jetzt will man die Lagerhaltung dieser Firma amtlich unter die Lupe nehmen, „weil der Umfang der großen Fertigwarenlager in keinem Verhältnis zur Größe des Betriebes stehe“. So, jetzt hat man den Finger, den Herr M. den Schieber. Nur daß zu diesem „Vorwürfe“ die Tatsache nicht ganz paßt, daß dieser Herr M. viel billiger verkauft wird als die anderen. Fremd etwas stimmt also nicht an der Sache. Wie gesagt, es stinkt.

Wohnungs- ...

„nur so ein Gedanke“

Zu dem Thema „Freiwilligkeit“, das an gleicher Stelle unserer Nummer 43 Behandlung gefunden hat, ging uns eine Zuschrift zu, die darauf hinweist, daß unter den in diesem Punkt bestehenden Zuständen diejenigen besonders zu leiden haben, die „auf dem fachen Lande und so weit weg von irgendwelchen Städten wohnen, daß sie sich an der Mühsal nicht beteiligen können“. Da ist z. B. der ganze bayerische Wald vollgestopft mit Flüchtlingen, darunter auch einige Fachleute, denen „nichts übrig bleibt, als neben einer Kuh zu stehen oder Mist zu fahren“. Jeder kleine Ort habe seinen „Zusatzprodukt“, in Bayern solle sogar ein Landesschutzamt errichtet werden.

Es war naheliegend, daß dieses Thema zur Erörterung des anderen nicht weniger brennenden Problems „Wohnungs-“ Anlaß geben werde. In Ausführungen zu diesem Gegenstand wird nun in der Tat daran erinnert, daß der Bau von Wohnungen bekanntlich unterliebe, weil solche Bauten sich nicht verzinsen. Es würden solche Bauten aber vielleicht doch errichtet werden — so heißt es weiter — wenn die Ausgaben als steuerliche Unkosten gälten. Manche Fabrik würde dann für ihre Angestellten Häuser bauen und der Staat könnte aus der damit einsetzenden Wirtschaftselbung steuerliche Vorteile ziehen. Das sei aber — so enden resignierend die Ausführungen — „nur so ein Gedanke“.

Nur so ein Gedanke? Richtig, aber einer, der sich mit einem Gegenstand befaßt, dem in der Tat größte Beachtung zu schenken ist. Im vierten Jahr der Währungsreform ist man in Deutschland dem energischen Wiederaufbau oder Neubau von Wohnungen nicht viel näher gekommen als am Tage der Kapitulation. Nichts kann die Wucht des materiellen und moralischen Zusammenbruchs besser kennzeichnen als gerade dieses! Aus der sehr bedenklichen Stagnation müßte aber endlich herausgefunden werden.

Politische Streiks

Wenn man die Streikwellen beobachtet, von denen Frankreich immer wieder überflutet wird, so läßt an ihnen, sowie auch an dem Generalstreik, der kürzlich in der Doppelzone stattfand, etwas sehr Charakteristisches auf. Sowas der Staat unserer Zeit immer zur Tendenz tendiert, so nennmehr auch der Streik. Man weiß, daß die europäische Arbeiterbewegung sich im 19. Jahrhundert das Streikrecht unter gro-

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Für die Arbeiter und Angestellten im Groß- und Kleinhandel in Rheinland-Pfalz wurden die Löhne rückwärts ab 1. Oktober um 10% erhöht.

Die Gesamtlöhne der französischen Arbeitsszene beträgt gegenwärtig um 37 pro Mille der Gesamterzeugung, so daß von einer eigenen Arbeitslosigkeit nicht gesprochen werden kann. Die Arbeitslosenquote in Südwestfalen ist nach einem Bericht des Landesamtes von 1110 Anfang Oktober auf 1877 Anfang November zurückgegangen.

Die pflanzliche Industrie wird mit der Aufzucht von Hilfsarbeitern immer spärlicher. Je weniger es gelingt, ihr Faktoren zur Verfügung zu stellen, um so geringer werden die Erfolge in der Vermittlung von Hilfskräften. Vollständigste Beschäftigung haben zur Zeit nach die beste Aussicht auf Beschäftigung.

In der französischen Zone wurden seit Kriegsende rund tausend Binnen-schiffe gezeugt und zum größten Teil wieder fast gemacht.

Die Wiederaufbaukosten des völlig zerstörten Binnenhafens Ludwigs-hafen werden auf 15 Mill. DM geschätzt. Wegen der Bedeutung des Hafens wird die Kielliniebeschaffung als möglich angesehen.

Aus einem Tätigkeitsbericht der Stadtverwaltung Bad Kreuznach geht hervor, daß ihr Personal am 29. 9. 1948 60 Beamte, 345 Angestellte und 231 Arbeiter zählte, am 30. 9. 1948 nur noch 57 Beamte, 320 Angestellte und 148 Arbeiter. Im Jahre 1939 beschäftigte die Stadtverwaltung 187 Beamte, ihre Zahl ist also auf ein Drittel reduziert worden.

Nachdem trotz mehrerer Aufträge der südwestfälischen Landwirtschaftsministeriums die Getreide-Ablieferung weit unter dem Soll geblieben ist, hat das Kreisverwaltungsamt Mönning mit sofortiger Wirkung angeordnet, daß Genehmigungen zur Hauserschließung erst dann erteilt werden dürfen, wenn die vollständige Erfüllung der Ge-

treideumlage nachgewiesen wird, und zwar für Roggen- und Weizen und Hafer.

In einem Aufruf an die Bauern erinnert das Landwirtschaftsamt für den Kreis Biberach — einen der landwirtschaftlich ertragreichsten Südwürttemberg — an die Pflicht zur Getreideablieferung. Infolge verspäteter Ablieferung von Roggen- und Weizen habe sich August kein Kochweizen in der Normalverbraucher ausgegeben werden können. Bei weiterhin mangelndem Ablieferungswillen würde die Wiedereinführung der Haftkontrollen nicht zu umgehen sein.

Die Milchablieferungen von monatlich 100 000 bis 150 000 l in das Bezugsgebiet wurden mit Wirkung vom 1. November eingestellt. Im Kreis Birkelbach können dadurch monatlich rund 5 l Butter mehr erzeugt werden.

100 Gramm Palmkernfett werden neben der üblichen Fettsäure von 500 Gramm im November in 500-Württemberg für Normalverbraucher ausgegeben werden. Das Palmkernfett wurde auf Grund von Exportbeschränkungen eingeführt.

Durch die Strombeschränkungen für die Industrie in Rheinland-Pfalz wird die chemische Industrie besonders stark betroffen. Die „Delegation General“ hat sich daraufhin bei den zuständigen Stellen für die Erhöhung der Stromkontingente für die chemische Industrie mit Erfolg eingesetzt. Dem Land Rheinland-Pfalz wurde ein zusätzliches Kontingent von 750 000 kWh bewilligt. Die chemische Industrie wird danach pro Monat 2 250 000 kWh an Stelle von bisher 1 400 000 kWh zur Verfügung haben.

Der Pumpenmarkt ist auch nach der Codelieferung aufnahmefähig geblieben, wichtig ist die Pumpenfabrik Gott-hard Allweiler in Badfelden. Die Herstellung von Handpumpen, Kraftpumpen und anderen Flügel-pumpen könne infolge mangelnder Fachkräfte nicht mehr gesteigert werden. Zahlreiche Nachfragen der früheren Kundschaft aus dem europäischen Ausland liegen vor.

Amerikanische Zone

Etwa 10 Hersteller beteiligten sich an der Stuttgarter Novemberabschluss-börse. Das Angebot an Wertpapierab-werk war groß, dagegen blieben Voll-Leidenschaft, vor allem für Männer.

Argentinien unterhält ein General-konzulat in Frankfurt/Main, Hans-Heinrich M. Tel. 34898. Leiter: Generalkonsul Enrique C. Dubos. Stellvertreter: Vizekonsul Eduardo M. C. Rodón.

Am 21. November wird die nordwestliche Schiffsahrt eine „nautische Schiffsverbindung Bremen-Bremen-Havana, Mexiko, USA, Goldküste und gelegentlich Bahamas einrichten.“

Die Wirtschaftsminister von Württemberg-Baden teilte mit, daß seine über eine Einbürgerungsentscheidung in Zusammenhang mit dem Stromverbrauch von 18. Nov. 1948 getroffene Anordnung von zahlreichen Betrieben nicht befolgt worden sei. Der Stromverbrauch ist in der Zeit vom 12.—20. November nur unwesentlich zurückgegangen. Es müssen daher mit Wirkung vom 24. November bestr-

Bei Opfern und Anstrengungen erreicht hat. Die Verluste darüber das Recht, die Arbeit zu verweigern, um bessere Löhne, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und ein höheres Maß von sozialer Fürsorge zu erwirken. Der Streik hat sich als ein wirksames Mittel erwiesen, und er ist auch ein natürliches und moralisches Mittel der Auseinandersetzung um den Anteil des Arbeitnehmers am Sozialprodukt. Allein die Streiks, die wir jetzt beobachten, dienen nicht mehr den Zwecken, um deren Verwirklichung willen der Kampf um das Streikrecht geführt worden ist. Sie gehen zwar meist noch von Lohnforderungen aus, aus Tradition vielleicht oder um die anderen Absichten zu verbergen, aber ihr Ziel ist nicht mehr die Erhöhung der Löhne in den Betrieben, die Lohnhöhungen tragen können — was allein eine verbesserte Verteilung des von den Unternehmern erarbeiteten Ertrags bewirken würde, sondern sie richten sich mehr und mehr darauf, ganz allgemeine Forderungen durchzusetzen, wie z. B. die Erhöhung sämtlicher Löhne und Gehälter, also auch derjenigen, die gar keine Gewinne mehr produzieren, oder die Herabsetzung der Preise usw. Mit anderen Worten, sie richten sich nicht auf die Löhne, sondern auf die Lohnpolitik, denn auf die Preispolitik und auf weitere Ziele dieser Art.

Nun ist zwar die Höhe des Lohnes ein Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen Arbeiter und Unternehmer, nicht aber die allgemeine Lohnpolitik, die eine Angelegenheit der Regierung ist, ebenso wie die Preispolitik. Wenn nun der Arbeiter, wenn er in jeder Hinsicht berechtigt ist, politische Ziele verfolgen will, dann muß er sich im demokratischen Staat dazu die Stimm-zettel bedienen wie jeder andere auch, nicht aber des Streiks. Der nur als Mittel der Auseinandersetzung über die Höhe seines eigenen Lohnes moralisch und zulässig ist. Und insofern er Streikverbot führt, ist die auf Ziele der Lohn- und Preispolitik, also der Politik überhaupt, gerichtet sind, ist er ein Mittel unterworfen, dessen Organisation immer dieselbe Absicht haben, nämlich Aufgaben zu

übernehmen, die allein der legitimen Regierung zustehen.

Wenn man sich das klar gemacht hat, dann versteht man sofort, daß keine Regierung einen solchen Vorgang ruhig hinnehmen kann, auch eine sozialistische Regierung wie die englische könnte es nicht. In England haben in den letzten Jahren verschiedene Streiks stattgefunden, die der Regierung gewiß unangenehm waren, weil sie die große Produktionsanstrengung lähmten, durch die die Regierung Attlee die Krise zu überwinden trachtet. Aber die Regierung hat diese Streiks toleriert, weil es sich um Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Arbeitern der einen oder anderen Branche, handelte, so daß die Streiks nicht auf die allgemeine Politik gerichtet waren. Dagegen entstand in Frankreich, auch unter dem Sozialisten Ramadier, jedesmal ein harter Kampf, weil die Streiks in Frankreich stets auf allgemeine politische Ziele gerichtet waren. Man weiß, wie unmittelbar nach den Enthüllungen des kommunistischen Mord, ganz genau, wie diese Streiks in Frankreich ausbrachen. Aber manchem wissen die französischen Arbeiter noch immer nicht, daß diese Organisationen, sowie sie ihr Ziel erreicht und die Regierungsgewalt übernommen hätten, selbst keinen Streik mehr dulden würden, auch nicht den berechtigten, der um die besseren Arbeitsbedingungen im eigenen Betriebe geht. Denn die totalitären Regierungen dulden keinen Streik. Weder im nationalsozialistischen Deutschland noch in der Sowjetunion hat es dergleichen je gegeben.

Dunkle Schube

Die Wirtschaftsvereinigung Schuh-industrie erklärte Ende voriger Woche, daß die Schuhproduktion der Doppelzone nach Abschluss größerer Leder-käufe im Ausland jetzt als gesichert anzusehen sei; von der applizierten Leder-einfuhr aus den USA im Werte von 67 Mill. Dollar seien bereits für 11 Mill. Dollar Rindbödenleder und Chamois gekauft worden. In Fachkreisen ist man sogar der Meinung, daß die angebotenen Lederorten „preiswert“ seien. Nach dieser Meinung, die aus

11. 1948 erlassene Verordnung vor. Die Förderung der noch Zinszuschüsse des Staates Bayern ermöglicht, statt Arbeiten von mindestens 2000 Arbeitslosen-Tage-werken voraus. Die Durchführungsverordnung empfiehlt weitgehende örtliche Überwachung dergeforderten Notstandsarbeiten.

Der bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Alois Schögel hat der amerikanischen Militärregierung für Bayern mitgeteilt, daß vorerst keine Notwendigkeit bestehe, zur Aufrechterhaltung der Rationen auf amerikanischen Brotgetreide zurückzugreifen.

Die Ernährungslage in Bayern habe sich im vergangenen Jahre wesentlich gebessert, erklärte Gouverneur von Wagner. Die Kartoffelproduktion habe 64 Mill. l betragen, 1 200 000 l Roggengetreide, 13% der Vorkriegserzeugung seien erlaubt worden.

Auf einer Pressekonferenz erklärte der Militärregierungs für Bayern, Murray D. von Wagner, daß die Industrieproduktion in Bayern im September 1948 etwa 70% des Standes von 1938 erreichte habe. Das erste Holzexportprogramm sei durchgeführt, ein zweites bereits fest-gestellt. Der bayerische Holzexport betrage nur 12% der gesamten bayerischen Holzproduktion, ermöglichte aber andere Ein-tzungen.

Englische Zone

Um die Not in den vom Krieg zerstörten Grenzlandkreisen Nord-rhein-Westfalens zu mildern, soll — vorbehaltlich der Zustimmung des Kabinetts und des Landtages — die finanzielle Hilfe für die Gebiete erhöht werden. Insgesamt sollen zunächst 20 Mill. DM zur Verfügung gestellt werden. Davon gehen 25 Mill. DM über den Grenzland-fonds und 10 Mill. DM über das Wirtschaftsministerium. Gestützt sind jedoch zunächst nur 10 Mill. DM, der Rest soll zur Verfügung gestellt werden, sobald sich die finanzielle Lage des Landes gebessert hat. Für den Ausbau des Verkehrsnetzes wurden außerdem seit der Währungsreform weitere 13 Mill. DM ausgegeben.

Die regelmäßigen ausländischen Liniendienste im Hamburger Hafen haben sich jetzt auf 45 erhöht. Im Ver-kehr mit Nordamerika stehen 19 Linien, mit Südamerika 2, mit Afrika 7, mit Asien 15 und mit Australien 4 Liniendienstleistungen. Alle ausländischen Reedereien haben in Hamburg seine eigene Vertretung.

Der Gütereingang im Esche-chen Taden betrug im September 104 000 t, der Ausgang 140 000 t. Gegenüber April ging der Gütereingang um 19% zurück.

Von der Schiffsfahrungsverwaltung der britischen Besatzungsbehörden wurde mitgeteilt, daß

es ausländischen Schiffen, die die britische Zone Deutschlands anlaufen, erlaubt sei, auszufüllende deutsche Seelente an-zunehmen.

Nach Mitteilung der britisch-amerikanischen Kohlenkontrollgruppe sind 3000 t Meis und Mähsen zur Verfü-gung an 30 000 Schwäbe der Ruhrbergwerke fest-gesetzt worden.

Die Kohlen-Kontrollgruppe gab bekannt, daß die Schwerarbeiter des Brau- und Steinkohlen-Bergbaus der Rhein-land nach Ablauf des sogenannten Drei-pha-sen-Anpassungs Ende Februar 1949 eine Sonderzuteilung von 1750 Gramm Fett und 3700 Gramm Fleisch, die Schwerarbeiter eine Sonderzuteilung von 3700 Gramm Fett und 6000 Gramm Fleisch monatlich erhalten werden.

Die Produktion von Reinkali in der britischen Zone hat sich bei einer För-derung von 450 000 t Rohkali im dritten Quartal 1948 auf 710 000 t gegenüber 540 000 t (Förderung 527 000 t im zweiten Quartal) erhöht.

Die Zementerzeugung in Nieder-sachsen ging im Oktober auf 34 851 t, im November auf 37 000 t. Die Fertigung von Zementstein auf 7 57 000 Mill. Stück und die Herstellung von Leichtbauplaten auf 4 30 440 Mill. Quadratmeter zurück. Es wurden ferner in Niedersachsen 62 30 (20 Mill. Stück Mauersteine und 8 31 (3 31) Mill. Quadratmeter Doppelsteine hergestellt.

Die Ablieferung von Eisen-stahl- und Metallabfällen wurde von der deutschen Wirtschaftsministerien in der Ostzone angeordnet.

Sämtliche in den Ländern vorbereiteten regionalen und lokalen Aus-stellungen wirtschaftlichen Charakters müssen der deutschen Wirtschaftskommission genehmigt werden.

Ostzone

Vom 15. Oktober bis 15. November wurden in allen Betrieben der Ostzone Erhebungen über den Produk-tionsmittelsbestand und dessen Leistungsvermögen angestellt.

Der Preis für eine Schachtel Zünd-kapfen wird in der Ostzone von bisher 3 Pfennig auf 20 Pfennig erhöht. Dadurch dürfte sich die Einnahme aus der Rüd-warensteuer von etwa 10 Mill. Mark jähr-

Volkswagen — aus Argentinien

Die Automarke „Citadella“ hat sich nach dem letzten Krieg einen guten Namen gemacht. Der kleine Roman-wagen konnte auf internationalen Ver-anstaltungen Erfolg auf Erfolg buchen. Wie man bald erfuhr, waren die Sportwagen von dem deutschen Volkswagenkonstrukteur Porsche entworfen worden. Die italienische Firma Fiat, die zunächst den Aufbau der Citadella-Produktion unterstellt hatte, mußte aber bald die Konkurrenz des neuen Kleinwagens fürchten und drückte die-mum durch ersteinstufige Preissteigerungen aus dem Markt. Der Stern der Firma Citadella oder Leiter der Firma ist der italienische Industrielle Dussio war am Scheitern, da die Umstellung der Pro-duktion auf anspruchsvolle Luxus-wagen finanziell nicht durchzusetzen war. In letzter Not tauchten aber argentinische Geldgeber auf, mit deren Mitteln in Italien ein Citadella-Werk für Serienproduktion und ein gleiches Werk in Argentinien als Grundstein einer argentinischen Kraftfahrzeug-industrie aufgebaut werden soll. Zu-schüsse des argentinischen Staates sind bereits zugesagt. Damit läßt sich nicht nur die gefährliche Konkurrenz für Fiat wieder auf, sondern auch der deutsche Volkswagen, heute noch ein sehr ertragreicher Exportfaktor für die deutsche Wirtschaft, bekommt einen gefährlichen Rivalen. Dieser neue italienisch-argentinische Kleinwagen wird dem deutschen Volkswagen sehr ähnlich sein, was nicht weiter verwunderlich ist, wenn deutsche Fachleute aus der deutschen Volkswagenproduktion — Porsche selbst soll nach Argentinien übergesiedelt sein — an der Konstruktion der Wagen und dem Aufbau der Werke in Argentinien maßgeblich beteiligt sind.

Hier haben wir eines der ersten stützenden Beispiele, nach denen der „Export deutscher Intelligenz“ die deutsche Wirtschaft selbst schwer treffen wird. Zum Teil verlassen die deutschen Wissenschaftler freiwillig ihr Vaterland, weil sie da nicht mehr arbeiten konnten oder durften. Anderen wurde von Alliierten sehr nahe gelegt (wir drücken uns hier etwas voreil-

lich auf mehr als das Doppelte erhöhen. In Berlin und den Westzonen betrug die Schachtel weiterhin 10 Pfennig.

Der erste Stahlgießofen Ber-lins wurde von der Maschinenfabrik und Eisengießerei Hartung & Jochmann in Berlin genommen. Zunächst sollen 80 t, später 120 t Gießstahl im Monat erzeugt werden.

Die Ende 1939 soll die demontierte Ze-m-rotfabrik in Rüdersdorf wieder in Betrieb genommen werden. Die Arbeit-erfordernisse betragen 4,5 Mill. DM.

Das wiedergeborene Gaswerk Böhlen hat mit einer Erzeugung von 120 Mill. kWh Gas die Soll für 1948 bereits 2 Monate vor Jahresabschluss erfüllt. Das Werk deckt 30% des Gasverbrauchs in der Ostzone.

Die volkswirtschaftliche Elektroden- und Maschinenfabrik Kjellberg in Finsterwalle erhöhte ihre Produktion im Oktober 1948 um 19% auf 70 000 Getriebe und erfüllt ihr Produktionsziel mit 17%, 50% einer Herstellung von 200 t Elektroden im Oktober wurde das Elektrodenwerk 100% erfüllt, bei einer Belegung von 130 Mann. In den letzten Oktobertagen wurden auch die ersten 20 Gleichstrommotoren von der Fabrik ausgeliefert.

Die Erhebung einer der nationalen Trochsenverwaltung unterstellten Ma-schinenfabrik auf dem Werk-gebiets von Hesse und Wrede, Marbach bei Berlin, wurde vor einigen Tagen die Baubüro erstellt. Die Produktion soll bereits im kommenden Jahr mit 6000 Arbeitskräften aufgenommen werden.

Zur Behebung des Mangels an Fen-sterglas wird in Aken an der Elbe eine Flachglasfabrik errichtet, die in 1 1/2 Jahren fertiggestellt sein soll. In Dornburg bei Halberstadt soll Halbfabrikat für die Hohlglasfabrik in Seebau-Anhalt hergestellt werden. Die Fertigfabriken werden ausgeführt.

Das erste Magnesiumwerk der Ostzone wurde jetzt in Aken an der Elbe in Betrieb genommen. Die Leistungsfähigkeit der Anlage soll zunächst 1000 t hundert Magnesium monatlich betragen. Magnesium Rohstoff für die Herstellung feuerfester Steine und sollte bisher aus dem Ausland bezogen werden.

Die in sowjetische Aktiengesellschaft umgewandelte Siemens-Radio-Station A.G. in Aken in Anstalt und Hüllstraße AG Isolator Kondensatorwerk Gera werden als volkswirtschaftliche Betriebe wieder in deutsche Verwaltung über-nommen.

In der graphischen Fabrik in Leipzig werden wieder Druckpressen, u. a. Tiegel und Schnellpressen hergestellt. Zur Zeit wird ein Auftrag für die Schweiz angefertigt. Die Produktion hat im laufenden Jahr den Wert der vorjährigen bereits überschritten.

Der SAC-Betrieb Awitovsk, vormals DMW, Eisenach, wird, wie von sowjetischer Seite verlautet, einen großen Teil der November- und Dezember-Produktion dem zivilen Sektor zur Verfügung stellen.

Die volkswirtschaftliche Faserwerke in Genthin werden in Kürze mit der Produktion eines neuen Feinwollenschnitts begin-nen. Die Produktion soll sich auf 1800 t je Quartal belaufen.

Die Leipziger „Fabrik graphischer Maschinen“, die 1948 vollkamen demontiert wurde, hat die Produktion wieder aufgenommen. 90% der Arbeit ent-fallen auf Reparaturen und 10% auf Neuanfertigungen. Gegenwärtig wird ein Auf-trag auf Lieferung von Schnellpressen an die Schweiz durchgeführt.

Der Kaufhaus Althoff in Leipzig mußte sein Inventar der zivilen Handelorganisation „Freie Läden“ abtreten.

Ausland in Kürze

Ein neues Feinwalzwerk soll 1954 aus den Vereinigten Staaten an das führende schwedische Eisenwerk Djönarvet geliefert werden. Die Kapazität des Werkes soll dadurch von bisher jährlich 200.000 t Walzstahl auf 400.000 t erhöht werden.

Durch bessere Versorgung mit deutschem Koks werden bei dem schwedischen Eisenwerk Oxelösund in diesem Jahr fast 90.000 t Rohstahl erzeugt werden gegenüber nur 82.000 t im Vorjahr.

Der Einlagebestand der 34 größten Sparkassen Schwedens betrug Ende Oktober 1948 4.81 Mrd. Kronen gegenüber 4.55 Mrd. Ende Oktober 1947. 415.000 t Koble wurden in diesem Jahr von Svolder (Spitzbergen) nach Norwegen verschifft.

Mit einem Verbot der Schrottausfuhr ist für Dänemark zu rechnen, da man einen Rückgang des jetzt zwischen 90- und 120.000 t jährlich liegenden Schrottauffalls bei gleichzeitiger Erhöhung des dänischen Eisenbedarfs erwartet. Das Stahlwerk in Fredrikkerod wird nach beendeter Ausrüstung 100.000 t Stahl bisher 100.000 t Rohstahl pro Jahr verarbeiten, während die Zementfabrik Norden in Aalborg für ihre neu aufgenommenen Gaskraftenergie ebenfalls Schrott benötigt.

Die frühere deutsche Ostram AG in Dänemark ist nach der Beschädigung durch den dänischen Staat an den Gläubigern verkauft worden. Es wurde mit zwei anderen Fabriken eine A.G. unter dem Namen „Danak Ostram A/S“ (Dansk Glasindustri Industri A/S) gegründet.

Die Zahl der Vollarbeiterinnen in Belgien bis Ende Oktober auf über 28.000 gegenüber 29.500 Anfang und über 27.000 Mitte des Jahres gestiegen. Die Zahl der Teilarbeiterinnen betrug Ende Oktober über 44.000 gegenüber 44.000 Anfang des Jahres.

Die belgische Stahlindustrie betrug in den ersten neun Monaten 1948 2,67 Mrd. t gegenüber 1,80 Mrd. t in den ersten neun Monaten des Vorjahres. Hauptabnehmer waren die Niederlande, Skandinavien, Argentinien, die Schweiz, Großbritannien, die USA und die Sowjetunion.

Zugelassen wird nach dem kürzlich abgeschlossenen Handelsabkommen zwischen den Benelux-Staaten hauptsächlich Mais, Holz, Eisenbahnschlacke, Zink und Blei, die Benelux-Staaten werden vor allem Chemikalien, verschiedene Rohstoffe, Metalle und elektrisches Installationsmaterial liefern.

Die tschechoslowakische Hutindustrie hat einen Auftrag über die Lieferung von Eisen an die Sowjetunion für 150 Mrd. Kronen erhalten.

Die Sowjetunion wird die Tschobotschewskaja bis zum 15. Dezember 1948 in Fialka liefern. Außerdem sind Butterlieferungen vorgesehen.

Der Name „Bata“ für Schuh- und Gummwaren aus den tschechoslowakischen Werken des ehemaligen Familienkonzerns wird in Zukunft nicht mehr verwendet werden, wie die Zeitung „Dnes“ (heute) meldet. Eine neue Markenbezeichnung werde notwendig, weil in der Welt zur Zeit drei Batakonzerne bestehen, die ihre Waren alle unter dem gleichen Namen vertreiben.

Die polnische Handelsflotte wird in Kürze um 30 Schiffe vergrößert. Sechs Erz- und Kohlenbrücker sind in Polen, die übrigen auf britischen Werften in den Fernen Ost. Der Bau von sechs modernen Motorfahrzeugen von je 600 BHP für den ballistischen Dienst auf polnischen Werften geplant.

Mit einer Erzeugung von 6,67 Mrd. Paar Schrauben in der Zeit von Januar bis 8. November 1948 wurde das für Polen und die polnisch verwalteten deutschen Ostgebiete festgelegte Jahresziel vorzeitig erfüllt. Diese günstige Entwicklung wird auf die Einfuhr von über 1.000 Spezialmaschinen aus der Tschechoslowakei für die Stahlische Hutindustrie zurückgeführt.

Nach Mitteilung des Statistischen Nationalamtes betrug die diesjährige kanadische Getreideernte mehr als 200 Mill. Bushel und liegt damit um 30 Mill. höher als 1947.

Mandschurei und Vertrauen verloren

Der Fall Mandschurei und damit die kommunistische Herrschaft über die gesamte Mandschurei bedeutet für Nationalchina einen katastrophalen Verlust, nicht nur in strategischer sondern ganz besonders in wirtschaftlicher Hinsicht. Dieses Gebiet, dessen Fläche größer ist als die Deutschlands und Frankreichs zusammen, erlebte seit der Jahrhundertwende und ganz besonders seit dem ersten Weltkrieg eine gewaltige Entwicklung der Bevölkerung. Die größte Stadt immer noch auf dem Lande lebt, hat um mehr als das Fache zugenommen. Unter den Landwirtschaftsprodukten der Erde steht die Mandschurei ungefähr an 18. Stelle. Die Sojabohnen, deren Name mit dem Land untrennbar verbunden ist, kam von hier aus auf die Weltmärkte und spielt auch heute noch die wichtigste Rolle in der mandschurischen Ernährung.

Entscheidend für die Bedeutung des Landes wurde jedoch die großzügige Ansetzung der umfangreichen Mineralvorkommen und die anschließende Industrialisierung durch die Japaner. Die Schäden der mandschurischen Industrie durch Demontagen der Sowjetarmee und den Bürgerkrieg wurden im Frühjahr 1948 auf über 2 Mrd. US-Dollars geschätzt, eine Zahl, die das Ausmaß der mandschurischen Industrie Völlig übersteigt. Man schätzt, dass die Mandschurei über 3 Mrd. t Eisenerz, Bauxit, Uranerz, die bedeutendsten Magnesiumvorkommen der Welt, Kupfer etc. lagern. Dies bildet den Grund für eine

schweren Überwindung und die Kräftigung von Lechnischen, für die die Japaner besonders Interesse zeigten. Obdieshalb und ausgedehnte Kolonialanlagen ermöglichen eine chemische Industrie, deren Kapital zwischen 1932 und 1942 auf die Zufuhr ausweichte. Gewaltige Kohlen- und Wasserkraftwerke, mehr als 10.000 km Eisenbahnen ergaben dieses Bild eines modernen Industriegebietes.

Summa summarum: Die Kommunisten als die unumschränkten Herren der Mandschurei kontrollieren den größten Teil des Mineralreichtums und der Industrieproduktion. Wenn ihnen noch die tschechische Erfahrung fehlt, die Sowjet Maschinen, eine ganze Fabrik als Bausteine strapazieren und es verständig kaum möglich sein wird, die unter japanischer Leitung erzielte Produktionskapazität zu erreichen, so gibt die Mandschurei den Kommunisten doch eine sichere wirtschaftliche Basis zum Vorkampf gegen die letzten Restkräfte der Nationalregierung.

In den letzten Monaten versuchte man in Nationalchina, die stehende Moral und Hoffnung mit der Aussicht auf eine republikanische Regierung in Washington zu stärken. Man hoffte, daß eine solche die chinesische Regierung wider wirksamer unterstützen würde, als es Mr. Truman und Mr. Marshall bisher zu tun bereit waren. Mr. Dewey war Truman während der Wahlkampagne immer wieder die „tragische Verhöhnung Chinas“ vor und versprach sofortige Hilfe. Mit

seiner überhandnehmenden Niederlage ist jedoch auch dieser Faden, der bisher Wong Wen-han Kabinett vor dem Zusammenbruch bewahrte.

Drei Mill. Papia (indische Dollar) wurden damals gegen einen neuen Gold-Yuan eingetauscht, wodurch 500 Mill. Yuan in Umlauf gebracht wurden. 1 Gold-Yuan entsprach 25 US-Dollars. Obwohl die Regierung behauptete, daß die neue Währung durch Gold und sonstige Bestellungen vollkommen gedeckt sei, wurde das Vertrauen der chinesischen Finanzkreise dadurch erschüttert, daß die zur Sicherung dieser neuen Währung für unumgänglich gehaltenen Reform des Steuerwesens und Beamtenapparates nicht durchgeführt wurden. Die Lähmung des Außenhandels und die immer dröhrender werdende militärische Lage taten ein Übriges, den Glauben an die Zukunft der Regierung und damit die Währung zu erschüttern. Schon Ende August wurde der Yuan in Hongkong um 10 bis 20% gegen den Dollar sinken zu sehen. Die Regierung erklärte sich gezwungen, die Währung offiziell abgewertet zu werden. Da sich die Politik der kontrollierten Wirtschaft nicht bewährte, hob man die Preise stiegen von Woche zu Woche, während die Spekulationen und erneute Wucherungen sind die Kennzeichen dieser Entwicklung. Lebensmittel und andere notwendige Güter sind für die Masse der Bevölkerung nicht mehr erhältlich, und täglich werden Empörungen und

Protestaktionen, besonders aus Shanghai und seiner Umgebung, gemeldet.

Eine Folge der dauernd inflationistischen Verhältnisse ist, daß seit langem alle wichtigen Geschäfte nur noch in fremden Währungen kritigiert werden: am Yangtsi und im Norden gibt der US-Dollar den Ton an, im Süden der Hongkong-Dollar, im Nordwesten der Silberdollar und als universelles Zahlungsmittel nutzgemäß der Goldbarren, die auf illegalem Wege über Manan, das durch diese Verhältnisse zum größten Goldmarkt der Welt geworden ist, und Hongkong ins Landesinnere gelangen, wo bereits 200 t Gold in der Erde verborgen sein sollen. Während die chinesische Regierung jährlich Subventionen in Höhe von 400 Mill. Dollars von den USA erhalten, gehen allein über diese beiden Handels- und Güterquellen durch Transaktionen zweifelhafte Charaktere ähnlich große Summen der chinesischen Wirtschaft verloren.

Wenn man noch etwas retten will, so muß man endlich neue Männer in Politik und Wirtschaft an die Führung bringen. Nur dadurch wäre die Sicherheit gewährleistet, daß weitere ausländische Hilfe nicht wie bisher durch Korruption und mangelnde Talfrucht des Weg in die Hände der Kommunisten fällt.

Im Verlaufe an Vertrauen und Sympathie gerade bei den natürlichen Gegnern des Kommunismus, den Intellektuellen, Kaufleuten und Bauern, liegt der tiefer Grund für die Schwäche der Nationalregierung und der Kern des chinesischen Problems. Wenn auch einige der kommunistischen Führer in Moskau ausgeblieben sind, so hat doch keiner unter ihnen die Absicht, Yenan — oder Mukden — dem Krumm auszuhelfen, sie haben es verstanden, diese Städte für ihre Verhältnisse brauchbare Auslegung der marxistischen Theorie zu schaffen. Ihre Methoden gleichen nicht denen der Kommunisten in anderen Ländern: die Revolution einer Minderheit, die sich der Schlüsselstellungen bemächtigt. Die chinesischen Kommunisten interessieren die Massen für die Einparung aller Kräfte zur Erhöhung des Lebensstandards. Mao-Tse-Tung, ihr Oberhaupt, setzt sich zwar rückwärts für eine seiner Auffassung entsprechende soziale und wirtschaftliche Gleichheit ein, doch propagiert er weder den Klassenkampf noch die Herr-

Wird die UdSSR Getreidelieferant?

Aus einer Mitteilung des britischen Handelsministers Harold Wilson geht hervor, daß die Sowjetunion seit Dezember 1947, also seit dem Abschluß des englisch-sowjetischen Handelsabkommens 700.000 t Getreide an Großbritannien geliefert hat, etwas mehr als ursprünglich festgesetzt worden war. Man erhebt daraus wieder einmal die Behauptung, daß diese Lieferungen nicht in einem Ausmaß befristet werden müßten, wie man vielfach irrtümlich anzunehmen geneigt ist. Inwieweit ist nicht abzusehen, daß es hier und da zu unangelegenen Spekulationen kommen kann, wie dies ja auch im britisch-sowjetischen Handelsvertrah der Fall ist. Die Schwierigkeiten sind mit gutem Willen beiderseits bisher doch beseitigt worden, so daß das geschlossene Abkommen durchaus normal abgewickelt werden dürfte.

Damit hat die Sowjetunion gezeigt, daß sie wohl in der Lage ist, weitere größere Getreidelieferungen zu bewerkstelligen. Wie in den meisten Ländern Europas ist es auch der Sowjetunion noch nicht gelungen, ihre landwirtschaftliche Produktion auf den Stand der letzten Vorkriegsjahre zu bringen, vor allem wirkten sich zwei schlechte Ernten und die Dürre im Vorjahr außerordentlich hemmend aus, gar nicht zu sprechen von den völlig desolaten Viehbeständen in den ehemals besetzten Gebieten. Hat man nach dem ersten Weltkrieg für die Erholung der Getreideproduktion etwa 7 Jahre gebraucht und für die des Viehbestandes rund 15 Jahre, so hofft man diesmal die Verluste in 2 bis 3 Jahren aufzuheben zu können. Trotzdem konnte Rußland sein Nahrungssystem bereits aufheben und die diesjährige außerordentlich gute Ernte dürfte mit zu einer Beschleunigung der Erholung der sowjetischen Landwirtschaft führen. Das zaristische Rußland lieferte vor dem ersten Weltkrieg von seiner Getreideproduktion (1913 rund 45 Mill. t) etwa 11 Mill. t nach Europa. Sowjetrußland konnte als Folge der Änderung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse Rogers Zeit nicht als Getreideexporteur auftreten, eine Millionäre führte überdies zu einer katastrophalen Hungernot, von der sich die Bevölkerung nur langsam erholen konnte. Die inzwischen erfolgte Stabilisierung der Verhältnisse hat in Hand mit dem Einsatz moderner technischer Mittel dazu geführt, wieder zu einer Produktionssteigerung, so daß Rußland sogar ein richtige Getreide-Dumping starten konnte, allerdings weniger zu einem Überfluß an Getreide. Die Getreideproduktion entwickelte sich wie folgt:

Table with 2 columns: Jahr, Tausend. Rows for 1928, 1932, 1933, 1934, 1940. Shows increasing production over time.

Man könnte vielleicht einwenden, daß die Produktion an Getreide gegenüber dem zaristischen Rußland trotz der Fünfjahrespläne kaum einen Erfolg aufzuweisen habe, denn 1941 habe das Zaristische 45 Mill. t Getreide produziert. Man muß jedoch in Betracht ziehen, daß Rußland verschiedene Getreidegattungen verloren hatte (Bersarabien zum Beispiel). Letzten Endes wirkten sich selbstverständlich auch die vielen Strukturänderungen, die die russische Landwirtschaft erlebt hat, aus. Trotzdem sei nicht vergessen, daß in dieser Zeit der Aufbau von Industriepflanzen aller Art geschrittener vorangetrieben hat, vor allem Baumwoll-, Sonnenblumen-, Soja, Raps usw.

Wie gesagt, ist die Getreidelieferfähigkeit der Sowjetunion im wesentlichen von der Produktivitätssteigerung abhängig. Die Lieferungen, die im Vorjahr an die Tschechoslowakei erfolgten, stürzen selbstverständlich herab, wenn die Ernte ausbleibt. Es ist auch heute eigenartig, daß die Sowjetunion bulgarisches Getreide übernimmt, wahrscheinlich aber, um Lieferverträge gegenüber anderen Ländern — zum Beispiel eben mit der Tschechoslowakei — zu erfüllen.

USA-Rohstahlerzeugung mit 32,7 Mill. t und die Stahlherzeugung mit nicht weniger als 76,9 Mill. t angegeben. Ein Vergleich dieser tatsächlich erzielten Erzeugung mit den USA, die im laufenden Jahr wahrscheinlich noch höher liegen wird, mit den Zahlen des sowjetischen Planes für das Jahr 1950, zeigt die Bedeutung dieser Planzahlen erst in das richtige Licht. Selbst England, das über die höchste Eisen- und Stahlindustrie der Welt verfügt, konnte eine Rohstahlerzeugung nur von 6,8 Mill. t im Jahre 1938 auf 7,8 Mill. t im Jahre 1947 und die Stahlerzeugung von 12,6 Mill. t auf 12,9 Mill. t steigern. Es plant bis 1951 auf eine Stahlerzeugung von 14,8 Mill. t zu kommen.

Weltmeinung

Betriebsfinanzierung in Rußland

Neue Zürcher Zeitung

Unter der Überschrift „Die Finanzplanung des russischen Industriebetriebes“ schreibt die NZZ zu einem Thema, über das bisher in Westeuropa sehr wenig bekannt wurde, — a. folgendes:

Das langfristige Ziel der russischen Finanzplanung, die Selbstfinanzierung zur stärksten Kapitalbeschaffungsquelle auszubauen, liegt in weiter Ferne. Zunächst einmal spielen die Vermögensverluste, die von Kriegen herüber, eine entscheidende Rolle. In zweiter Linie treten eine Reihe von Gesellschaften hinzu, die sämtliche Investitionsentscheidungen ablesen und konstruktive Wiederanbahnungsarbeiten anbahnen sollen, dabei aber der früher angeführten inneren Gewinnakkumulation gedenken zuwiderlaufen. So sieht eine Verordnung vom Februar 1948 vor, daß bei einer Erweiterung der Anlagen durch höhere Gewinn- und Verlustkonten auszuweisen Verlust um den Abschreibungsbeitrag des Amortisationskapitals vermindert werden soll. Diese Bestimmung ist ausdrücklich festgelegt, daß der Restwertmethode so lange von Gesellschaften verwendet werden, bis sämtliche Investitionsentscheidungen ablesen und konstruktive Wiederanbahnungsarbeiten anbahnen sollen, dabei aber der früher angeführten inneren Gewinnakkumulation gedenken zuwiderlaufen. So sieht eine Verordnung vom Februar 1948 vor, daß bei einer Erweiterung der Anlagen durch höhere Gewinn- und Verlustkonten auszuweisen Verlust um den Abschreibungsbeitrag des Amortisationskapitals vermindert werden soll. Diese Bestimmung ist ausdrücklich festgelegt, daß der Restwertmethode so lange von Gesellschaften verwendet werden, bis sämtliche Investitionsentscheidungen ablesen und konstruktive Wiederanbahnungsarbeiten anbahnen sollen, dabei aber der früher angeführten inneren Gewinnakkumulation gedenken zuwiderlaufen.

Planerziehung in Ural, in Westsibirien und in Mittelasien. Die kommerziell überlastete Investitionsperiode, die wirtschaftlich orientiert ist, führt im laufenden Jahr zu organisatorischen Fehlpositionen. Die Anlagenfinanzierung steht insbesondere bei kapitalintensiven Unternehmen über die zur Aufrechterhaltung der Betriebsstruktur notwendigen Produktionsmittelverteilung hinaus, so daß mittlerer nur 85, 50 oder noch weniger Prozent der Auszahlungswerte abgeschrieben werden können.

Während 1933 der Haushaltsdefizit mit 40 Mill. Rub. nur rund 3% der Industriegüter ausmachte, lasteten die entsprechenden Zahlen für 1947 auf 80.000 Mill. Rub. und 71%. Die Zunahme der Ausgaben für den Industriesektor sprechen nur bis bedingt für eine rasche Rekonstruktion; in diesen fast ausschließlich aus dem Ausland stammenden Milliarden und Abbruchkosten von Subventionen, die nicht dem Produktionsstand erhöhen, sondern in der spannungsgeladenen Luft der Finanzkrise untergehen. Außerdem ist ein Rückfall der Selbstfinanzierungsquote von 81% im Jahre 1933 auf 19% im Vorjahr zu erkennen, im gleichen Zeitraum erhöht sich die Budgetgelder von 48% auf 79%. Danach liegt es auf der Hand, daß die Russen einerseits wohl in der Lage sein mögen, mit dem Auslaufen der Rekonstruktionsperiode die Produktionsleistung über den Vorkriegsstand hinauszuheben, während andererseits die Normalisierung der Finanzierungsstruktur frühestens in das Jahr 1950 fallen dürfte.

So schwer es auch ist, die langfristige Möglichkeiten einer finanziellen Besserstellung der Sowjetindustrie zu beurteilen,

so unendlich es doch keinen Zweifel, daß mit einer Stärkung der Finanzwirtschaft der Faktor überhand genommen werde. Die relativ langsame Fortschritts, die auf dem Gebiete der Finanzplanung erzielt werden konnten, ließen möglicherweise auch nicht ohne Rückwirkungen auf die Experten der staatlichen Finanzkommissionen.

Die Weltwoche

Die amerikanische Journalistin Freda Ullay, Deutschland-Korrespondentin von „Readers Digest“, stadiert der Schweiz einen zwölftägigen Besuch ab. Über die wahren Gründe dieses Schweizer Aufenthalts schreibt „Die Weltwoche“ folgendes:

In der Schweiz war sie nur zwei Tage. Warum? Ullay erklärt sie, „Ich wollte eigentlich gar nicht in die Schweiz kommen, sondern nur die Schweizer Grenze erforschen.“ — Sie hat gehört, daß an der Grenze zwischen der französischen Zone Deutschlands und der Schweiz nicht alles mit rechten Dingen zugehe. „Das ist absurd“, warf sie „diese Grenze ist ein Loch zur Einschütterung der neuen deutschen Währung, weil die französische Grenzkontrolle nicht streng genug ist. Die neue D-Mark und deutsche Waren gelangen fast ungehindert in die Schweiz, wo der ständige freie Markt für D-Mark existiert. Resultat: Die D-Mark ist hier um 25 Prozent wert, und Deutschland wird zum Schwarzmarktlandschaft ausverkauft.“ Freda Ullay wird über diese, ihrer Meinung nach recht skandalösen Grenzvergeßnisse in der amerikanischen Presse berichten.

Advertisement for UHU-FEDER-DEKOR ballpoint pen. Includes image of the pen and text describing its features and availability.

Subscription form for 'WIRTSCHAFTSREVUE'. Includes fields for name, address, and subscription preferences, along with a price table for different rates.

